Herr Ulrich Lichtinghagen stellt seine Planung zur Wiederansiedlung des Drogeriemarktes DM an der Hauptstraße/Martin-Luther-Straße vor.

Er betont, dass damit die Kaufkraft im Ort gehalten werde, junge Familien z. B. nicht mehr nach Gummersbach fahren müssen und auch ortsfremde Pendler zum Einkaufen in Marienheide animiert werden. Er weist auch darauf hin, dass an der vorgesehenen Stelle schon jetzt genügend Parkplätze vorhanden sind, sodass diese dort nicht mehr gebaut werden müssen. Darüber hinaus erläutert Herr Lichtinghagen die Eigentumsverhältnisse in dem vorgenannten Bereich. Weiteres zum Bau des Drogeriemarktes in einer Gesamtgröße von 850 m² nebst Wohnungen und Räumlichkeiten für Dienstleister ist der dieser Niederschrift beigelegten Präsentation zu entnehmen.

Es ergeben sich Fragen und Anmerkungen der Ausschussmitglieder. RM Emmi Körbel begrüßt grundsätzlich einen Drogeriemarkt in Marienheide, ist aber der Auffassung, dass der geplante Standort nicht ideal sei. Auch RM Günter Korthaus berichtet von der Mehrzahl der Marienheider Einzelhändler, die sich gegen den Standort an der Hauptstraße ausgesprochen hätten.

Dass ein DM-Markt jedoch von den meisten Einwohnern gewünscht werde, stellt RM Holger Maurer klar. Dies unterstützen auch die übrigen SPD-Mitglieder und schlagen daraufhin vor, dem Rat einen Beschlussvorschlag vorzulegen, der wie folgt lauten soll:

„Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 47 „B256/Martin-Luther-Straße“, 3. Änderung einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gem. § 12 BauGB aufzustellen. Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird der o.g. Bebauungsplan für das von ihm beabsichtigte Vorhaben in seinem Geltungsbereich ersetzt. Für eine abschließende Abwägungsentscheidung im Bauleitplanverfahren ist die Beauftragung eines Handelsgutachtens erforderlich. Das beschleunigte Verfahren gem. § 13 a BauGB Bebauungsplan der Innentwicklung soll angewandt werden. Im beschleunigten Verfahren gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens gem. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprechend.“

Aufgrund des im Anschluss gefassten Beschlusses entsprechend des Verwaltungsvorschlages kommt es nicht mehr zu einer Abstimmung über den SPD-Vorschlag.